

Öffentliche Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates vom 22.06.2017

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 22.06.2017
Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses I, Schlossgartenstraße 16, 06406 Bernburg
(Saale)

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Jürgen Weigelt

Mitglieder

Herr Mirko Bader

Herr Jürgen Badzinski

Herr Eberhard Balzer

Herr Manfred Bartel

Herr Hans-Jürgen Berg

Frau Katrin Biermordt

Frau Christine Bittner

Frau Karin Brandt

Herr Prof. Erich Buhmann

Herr Uwe Cisewski

Herr Peter Eckert

Frau Petra Giest

Herr Thomas Gruschka

Herr Christian Hackelbusch

Frau Hannelore Hausmann

Frau Andrea Heweker

Frau Isolde Kirchberg

Herr Gerd Klinz

ab nichtöffentlichem Teil abwesend

Herr Kay Köppe

ab nichtöffentlichem Teil abwesend

Herr Dr. Jens Kramersmeyer

Frau Sieglinde Krause

Frau Henriette Krebs

Herr Johannes Lewek

Herr Detlef Mannich

Herr Carsten Marx

Herr Friedel Meinecke

ab nichtöffentlichem Teil abwesend

Herr Thomas Müller

Herr Hagen Neugebauer

Frau Christine Pfeiffer

Herr Heiner Rohr

ab TOP 2 anwesend

Herr Thomas Sacher

Herr Uwe Schlegel

Herr Oberbürgermeister Henry Schütze

Herr Klaus-Gunther Seyffert

Herr Michael Wieduwilt

von der Verwaltung

Herr Holger Dittrich
Herr Paul Koller
Herr Klaus Hohl
Frau Christine Ost
Herr Wolfgang Knopf
Herr Rüdiger Ihl

Protokollführer

Frau Yvonne Krebs

Nicht anwesend/ Entschuldigt:

Mitglieder

Herr Mike Franzelius
Herr Stefan Ruland
Herr Uwe Schmidt
Herr Franz Worofka
Herr Hartmut Zellmer

Öffentlicher Teil

Geburtstagswünsche

Herr Weigelt beglückwünschte alle Mitglieder des Stadtrates, welche zwischen der letzten und der heutigen Stadtratssitzung Geburtstag hatten.

Zur öffentlichen Geschäftsordnung:

- a) *Bestätigung der Einladung und Feststellung der Beschlussfähigkeit gem. §§ 53, 55 KVG LSA:*

Die Einberufung des Stadtrates der Stadt Bernburg (Saale) erfolgte gem. § 53 Abs. 4 KVG LSA ordnungsgemäß. Der Stadtrat war zu Beginn der Sitzung gem. § 55 Abs. 1 KVG LSA mit 35 anwesenden Mitgliedern beschlussfähig.

- b) *Einwände gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 04.05.2017 und vom 18.05.2017:*

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 04.05.2017 und auch keine Einwände gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 18.05.2017.

c) Bekanntgabe über die im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 04. und vom 18.05.2017 gefassten Beschlüsse:

Herr Hohl gab die Beschlüsse wie folgt bekannt:

Nichtöffentliche Beschlüsse des Stadtrates vom 04.05.2017

**Bebauungsplan Nr. 95, Kennwort: „Wohngebiet zwischen Latdorfer Straße und Dröbelschem Anger“
Städtebaulicher Vertrag
Beschlussvorlage 574/17**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) erteilt seine Zustimmung zum Abschluss des beigefügten städtebaulichen Vertrages über die Übernahme von Planungskosten zur Aufstellung der 4. Änderung des Bernburger Flächennutzungsplanes und zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 95, Kennwort: „Wohngebiet zwischen Latdorfer Straße und Dröbelschem Anger“ und zur Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 2/95, Kennwort: „Wohnbaustandort Dröbel, westlich Latdorfer Straße“.

Abstimmung:

Mitglieder: 41

davon anwesend: 37

37 Ja-Stimmen

**Weinbergprojekt "WALADALA"
hier: Abschluss eines langfristigen Nutzungsvertrages
Beschlussvorlage 578/17**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) stimmt dem Abschluss eines langfristigen Nutzungsvertrages zur Realisierung des Weinbergprojektes „WALADALA“ in der Fassung, wie er sich aus der Anlage zu diese BV ergibt, zu.

Das Grundstück Flur 59 Flurst. 5/4 wird mit Eigentumserwerb durch die Stadt Bernburg (Saale) Vertragsbestandteil.

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) stimmt der dinglichen Sicherung etwaiger Rückforderungsansprüche des Fördermittelgebers durch Eintragung entsprechender Grundschulden am Vertragsgrundstück gemäß den Bestimmungen des Zuwendungsbescheides zu.

Abstimmung:

Mitglieder: 41

davon anwesend: 37

37 Ja-Stimmen

**Annahme/Ausschlagung einer Erbschaft
Beschlussvorlage 584/17**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) beschließt, den Oberbürgermeister zu ermächtigen, das in der BVL genannte Erbe auszuschlagen.

Abstimmung:

Mitglieder: 41

davon anwesend: 37

34 Ja-Stimmen

2 Enthaltungen

1 Nein-Stimme

Nichtöffentliche Beschlüsse des Stadtrates vom 18.05.2017

**Sanierung der Stützmauer Schenktreppe 4, hier: Förderung aus dem Programm "Städtebaulicher Denkmalschutz" - neu
Beschlussvorlage 589/17**

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Bernburg (Saale) fördert die denkmalgerechte Sanierung einer Stützmauer an einem Grundstück in Bernburg (Saale) mit 25 % der förderfähigen Kosten, maximal 15.000 €.

Der Beschluss 468/16 wird aufgehoben.

Abstimmung:

Mitglieder: 41

davon anwesend: 31

31 Ja-Stimmen

**Auftragsvergabe ÖV-01417-H, Abriss- und Rückbauarbeiten Kleingartenanlage "Goße Aue", 06406 Bernburg (Saale),
Beseitigung Hochwasserschäden 2013, HW-MP-Nr. 34.7
Beschlussvorlage 559/17**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) beschließt die Vergabe ÖV-01417-H, Abriss- und Rückbauarbeiten Kleingartenanlage „Große Aue“, 06406 Bernburg (Saale).

Abstimmung:

Mitglieder: 41

davon anwesend: 31

31 Ja-Stimmen

**Auftragsvergabe ÖV-1517-H, Abriss- und Rückbauarbeiten Kleingartenanlage "Stadtbreite" in 06406 Bernburg (Saale),
Beseitigung Hochwasserschäden 2013, HW-MP-Nr. 34.11
Beschlussvorlage 560/17**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) beschließt die Vergabe ÖV-1517-H, Abriss- und Rückbauarbeiten Kleingartenanlage „Stadtbreite“, 06406 Bernburg (Saale).

Abstimmung:

Mitglieder: 41

davon anwesend: 31

31 Ja-Stimmen

d) Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen gefassten Beschlüsse:

Herr Hohl gab folgende Beschlüsse bekannt:

DB-Blinklichtprogramm - Strecke 6420 Köthen-Aschersleben

Hier: Änderung Bahnübergang km 15,074 Baalberge (K 2104 - Kleinwirschlebener Straße) - Technisches Ausbauprogramm

Beschlussvorlage 587/17

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss beschließt das Technische Ausbauprogramm zur abzuschließenden Kreuzungsvereinbarung des Bauvorhabens „Blinklichtprogramm, Strecke 6420 Köthen – Aschersleben, hier: Änderung Bahnübergang km 15,074 Baalberge (K 2104 – Kleinwirschlebener Straße“ vorbehaltlich einer gesicherten Finanzierung.

Abstimmung:

Mitglieder des Hauptausschusses: 9

davon anwesend: 7 stimmberechtigte

7 Ja-Stimmen

Förderung der Selbsthilfegruppen, gemeinnützigen Vereine und Gesellschaften im sozialen Bereich 2017

Beschlussvorlage 585/17

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss beschließt die nach den gültigen Richtlinien mögliche Höchstförderung zu gewähren. Somit erhalten die Selbsthilfegruppen gemäß der Anlage I Zuwendungen in Höhe von 4.901,25 EUR und die gemeinnützigen Vereine und Gesellschaften gemäß der Anlage II Zuwendungen in Höhe von 11.749,00 EUR.

Abstimmung:

Mitglieder des Hauptausschusses: 9

davon anwesend: 7 stimmberechtigte

7 Ja-Stimmen

Verkauf von Straßengrundstücken für die K 2107n

Beschlussvorlage 582/17

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Bernburg (Saale) verkauft die für die K 2107n beanspruchten Flächen in Gröna, Flur 3, Flurstücke 1047 und 1049, an den Salzlandkreis.

Die anfallenden Grunderwerbskosten trägt der Käufer.

Abstimmung:

Mitglieder des Hauptausschusses: 9

davon anwesend: 7 stimmberechtigte

7 Ja-Stimmen

Grundstücksneuordnung Vor dem Nienburger Tor mit Verlagerung und Neubau des öffentlichen Kinderspielplatzes

Beschlussvorlage 592/17

Beschlussvorschlag:

Zur Realisierung eines Wohnprojektes verkauft die Stadt Bernburg (Saale) nachfolgende Grundstücke:

Flur 52 Flurstück 60/26 Teilfläche von ca. 1.600 m²

Flurstück 60/21 Teilfläche von ca. 300 m²

Flurstück 1012 Größe: 1.026 m²

Flurstück 51 Größe: 23 m²

Als weitere Gegenleistung verpflichtet sich der Käufer auf einer Teilfläche von ca. 580 m² ihres Grundstücks einen neuen öffentlichen Spielplatz zu bauen und dauerhaft die laufende Unterhaltung zu übernehmen.

Abstimmung:

Mitglieder des Hauptausschusses: 9

davon anwesend: 7 stimmberechtigte

2 Ja-Stimmen

3 Nein-Stimmen

2 Enthaltungen

d) Bericht der Verwaltung über die Umsetzung der Beschlüsse des Stadtrates der Stadt Bernburg (Saale):

Herr Hohl und Herr Dittrich berichteten über die Umsetzung der Beschlüsse des Stadtrates.

f) Feststellung der öffentlichen Tagesordnung gem. der Geschäftsordnung:

Herr Weigelt schlug vor, aufgrund der zu TOP 13 anwesenden Gäste diesen als TOP 2 zu behandeln.

Der Vorschlag wurde angenommen und die geänderte Tagesordnung wurde mit 35 Ja-Stimmen – einstimmig - bestätigt.

Zur öffentlichen Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde gem. § 28 Abs. 2 KVG LSA

Die anwesenden Einwohner hatten keine Anfragen.

2. Vereinheitlichung der Gebührengelände des Wasserzweckverbandes "Saale-Fuhne-Ziethe"

Informationsvorlage IV 153/17

Herr Weigelt begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt die anwesenden Gäste Herrn Michael Claes, Vorsitzender des Stadtrates der Stadt Könnern, Herrn Mario Braumann, Bürgermeister der Stadt Könnern und Herrn Bock, Geschäftsführer des Wasserzweckverbandes „Saale-Fuhne-Ziethe“. Ihnen wurde Rederecht zu diesem Tagesordnungspunkt erteilt.

Der Bürgermeister der Stadt Könnern, Herr Mario Braumann, bedankte sich bei den Mitgliedern des Stadtrates der Stadt Bernburg (Saale), für das erteilte Rederecht. Herr Braumann möchte gern für die Vereinheitlichung der Gebührengelände des WZV „Saale-Fuhne-Ziethe“ werben.

Ihm sei bewusst, dass die Hauptlast bei einer Vereinheitlichung die Einwohner der Stadt Bernburg (Saale) tragen würden. Herr Braumann wies aber darauf hin, dass aber ansonsten die Preisschere noch weiter auseinandergehen werde, als sie es ohnehin schon sei. Herr Braumann sei heute nach Bernburg (Saale) gekommen, um für Solidarität zu werben. Die Einwohner im Gebührengelände des ehem. ATZV Könnern könnten ja auch nichts dafür, dass die Infrastruktur im ländlichen Raum teurer sei. Weiterhin habe der ATZV Könnern mit einer weitaus höheren Teilentschuldung vom Land Sachsen-Anhalt gerechnet, welche aber nicht in der erhofften Höhe erteilt worden sei.

Diesen Worten schloss sich der Vorsitzende des Stadtrates der Stadt Könnern, Herr Michael Claes, an und fügte hinzu, dass man bei der damaligen Fusion davon ausgegangen sei, dass die Gebührenangleichung nur 5 Jahre dauern würde. Herr Claes wies darauf hin, dass der ehem. ATZV Könnern die Trinkwasserversorgung nach Auslaufen des aktuellen Vertrages mit der Midewa im Jahr 2022 an den WZV „Saale-Fuhne-Ziethe“ vergeben würde, wenn die Gebührengelände vereinheitlicht werden. Als weiteren Kompromissvorschlag könne ja auch eine Zwischenkalkulation durchgeführt werden.

Herr Schütze gab hierauf den Einwand, dass eine Angleichung in mehreren Schritten über Zwischenkalkulationen nicht möglich sei, da das Abwasserrecht eine kostengenaue Abrechnung der Kalkulationsgebiete vorsehe.

Der Geschäftsführer des WZV „Saale-Fuhne-Ziethe“, Herr Bock, erläuterte kurz die Intention zur Zusammenlegung der Gebührenggebiete und wies darauf hin, dass sich eine Vereinheitlichung immer schwieriger gestalten werde, je später sie statfinde. Nichtsdestotrotz sei allen bewusst, dass der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) seine Entscheidung für die Einwohner der Stadt Bernburg (Saale) treffen müsse. Hier könne nur zur Solidarität aufgerufen werden.

Herr Mannich wies auf den Synergieeffekt hin, welcher eine positive Wirkung habe, der sich aus dem Zusammenschluss zweier Verbände ergebe. Synergieeffekte seien oftmals Vorteile, die zumeist durch Kostenersparnisse erlangt werden. Ein Synergieeffekt bestehe aus dem Zusammenwirken von Faktoren, die sich gegenseitig fördern bzw. gemeinsam mehr bewirken als jeder für sich allein. Dies habe für die Bernburger auch Vorteile gebracht, so Herr Mannich, welche aber nicht bezifferbar seien. Was bleibe, so Herr Mannich, sei die Solidarität.

Zum Abschluss der Diskussion wies Herr Badzinski deutlich darauf hin, dass der Stadtrat zur damaligen Zeit einer Fusion mit dem Abwasser- und Trinkwasserzweckverband Könnern nur unter der Bedingung zugestimmt habe, dass die Gebühren durch die unterschiedlichen Gebührenggebiete nicht erhöht bzw. angeglichen werden.

3. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bezüglich Ausschreibung eines Nutzungskonzeptes für das Lohelandhaus mit Lohelandgarten Beschlussvorlage 593/17

Herr Balzer berichtete, dass ihm am 19.06.16 ein diesbezügliches Nutzungskonzept von Frau Reichmann übergeben worden sei mit dem Hinweis, dass dieses auch dem Oberbürgermeister persönlich übergeben worden sei. Herr Balzer monierte, dass die Verwaltung dieses Konzept nicht dem Schul-, Kultur- und Sportausschuss übergeben habe.

Herr Schütze antwortete, dass Frau Reichmann ihm dieses Konzept in einem persönlichen Gespräch übergeben habe. Adressiert war das Konzept weder an den Stadtrat noch an den Schul-, Kultur- und Sportausschuss, sondern an den Oberbürgermeister persönlich. Er könne nicht einfach ein an ihn persönlich adressiertes Konzept in den Schul-, Kultur- und Sportausschuss einreichen, zumal hierfür gar kein Tagesordnungspunkt existiert habe, da zum SKS erst einmal über einen Antrag zur Ausschreibung eines Nutzungskonzeptes beraten werden sollte.

Antrag:

Frau Krebs stellte den Antrag, die Beschlussvorlage zurück in den Haushalts- und Finanzausschuss zu überweisen, da die diesbezüglich erforderlichen Haushaltsmittel im Haushalt nicht zur Verfügung stehen.

Abstimmung über den Antrag:

Mitglieder: 41

davon anwesend: 36

13 Ja-Stimmen

21 Nein-Stimmen

2 Enthaltungen

Nach einer regen Diskussion wurde der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bezüglich der Ausschreibung eines Nutzungskonzeptes für das Lohelandhaus mit Lohelandgarten wie folgt mehrheitlich abgelehnt.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) beschließt:

Die Stadt Bernburg (Saale) wird aufgefordert, eine Ausschreibung für die Interessenbekundung für Tanz und Bewegung im sogenannten Lohelandhaus und der Wiese an Haus, dem sogenannten Lohelandgarten, auszuschreiben.

Die Ausschreibungsfrist soll drei Monate betragen, um Bernburger Gruppen ausreichend Zeit für eine entsprechende Firmierung zu geben.

Abstimmung:

Mitglieder: 41

davon anwesend: 36

12 Ja-Stimmen

22 Nein-Stimmen

2 Enthaltungen

4. Antrag zur Ehrung des Künstlers Eberhard Frey durch eine Informationstafel Beschlussvorlage 588/17

Antrag:

Herr Weigelt stellte den Antrag, einen Satz im Textentwurf wie folgt zu ändern:

„Er wurde am 27. Februar 1916 in Lauterbach/Schlesien (Goworów/Śląsk) geboren und studierte 1937 bis 1939 und 1942 an den Kunsthochschulen für bildende Kunst und für Kunsterziehung in Berlin, u. a. bei Willy Jaeckel...“

Abstimmung über den Antrag:

Mitglieder: 41

davon anwesend: 36

36 Ja-Stimmen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) beschließt das Anbringen einer Informationstafel am ehemaligen Wohnhaus des Künstlers Eberhard Frey, um diesen zu ehren und somit auf einen bedeutenden ehemaligen Bürger der Stadt Bernburg (Saale) hinzuweisen mit der beschlossenen redaktionellen Änderung des Textentwurfes für die Informationstafel.

Abstimmung:

Mitglieder: 41

davon anwesend: 36

34 Ja-Stimmen

2 Enthaltungen

5. Benutzungsordnung für den Bürgertreff in Bernburg (Saale) OT Wohlsdorf Beschlussvorlage 567/17

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) beschließt die Benutzungsordnung für den Bürgertreff in Bernburg (Saale) OT Wohlsdorf, Dorfstraße 38 in der beigefügten Fassung.

Abstimmung:

Mitglieder: 41

davon anwesend: 36

35 Ja-Stimmen

1 Enthaltung

6. 4. Änderung des Straßenbeleuchtungsvertrags zwischen der Stadt Bernburg (Saale) und der Stadtwerke Bernburg GmbH, Änderung des Straßenbeleuchtungskatalogs Beschlussvorlage 595/17

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) beschließt die 4. Änderung des Straßenbeleuchtungsvertrages laut Anlage 2 und 3.

Abstimmung:

Mitglieder: 41

davon anwesend: 36

36 Ja-Stimmen

7. Ausschreibung einer Stelle zur Bearbeitung der Fördermaßnahmen des präventiven Hochwasserschutzes
Beschlussvorlage 601/17

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) beschließt die Ausschreibung einer befristeten Stelle als Bauingenieurin/Bauingenieur zur Abarbeitung der Fördermaßnahmen des präventiven Hochwasserschutzes zum nächstmöglichen Zeitpunkt.

Abstimmung:

Mitglieder: 41

davon anwesend: 36

36 Ja-Stimmen

8. Abschnittsbildung Hohe Straße
Beschlussvorlage 591/17

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) beschließt gemäß § 130 Abs. 2 BauGB die Abschnittsbildung für die Erschließungsanlage Hohe Straße.

Der Abschnitt wird begrenzt zum einen durch die Karlstraße und zum anderen durch die Liebknechtstraße (Abschnittsgrenze, siehe Anlage zur Beschlussvorlage).

Abstimmung:

Mitglieder: 41

davon anwesend: 36

36 Ja-Stimmen

- 9. Bebauungsplan Nr. 87, Kennwort: "Wohngebiet Am Mühlberg in Peißen" sowie die förmliche Aufhebung des Vorhaben- und Erschließungsplanes 1/92, Kennwort: "Peißen Am Mühlberg" sowie dessen 1. Änderung und die Einstellung der begonnenen 2. Änderung
Aufstellungsbeschluss
Beschlussvorlage 586/17**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) beschließt

1. die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 87, Kennwort „Wohngebiet Am Mühlberg in Peißen“ und
2. die Aufhebung des Vorhaben- und Erschließungsplanes 1/92 mit dem Kennwort: „Peißen Am Mühlberg“ sowie dessen 1. Änderung und
3. die Einstellung des Verfahrens zur 2. Änderung des Vorhaben- und Erschließungsplanes 1/92 mit dem Kennwort: „Peißen Am Mühlberg“

gemäß der Beschlussformulierung der BVL.

Abstimmung:

Mitglieder: 41

davon anwesend: 35 (Frau Heweker kurz abwesend)

35 Ja-Stimmen

- 10. Erweiterung des Parkplatzes "Bahnhofsgarten" durch die Bernburger Freizeit GmbH
Beschlussvorlage 598/17**

Herr Weigelt machte darauf aufmerksam, dass zu diesem TOP Herr Bieling als Geschäftsführer der Bernburger Freizeit GmbH anwesend sei.

Antrag:

Herr Schlegel stellte den Antrag, die Beschlussvorlage in die Fachausschüsse zurück zu überweisen, da seiner Meinung nach, dem Stadtrat für dieses Thema zu wenig Zeit für intensive Beratungen verblieben sei. Die BVL sei mit Datum vom 22.05.17 von der Verwaltung verschickt worden und knapp 4 Wochen später solle der Beschluss hierüber gefasst werden. Die Stadträte und auch die Bürger, so Herr Schlegel, seien quasi überfahren worden durch die ganze Schnelligkeit. Man müsse sich ein vernünftiges Bild machen können, bevor ein endgültiger Beschluss gefasst werden könne.

Herr Schütze gab daraufhin den Einwurf, dass sich zwei Fachausschüsse, der Planungs- und Umweltausschuss und der Bau- und Sanierungsausschuss und auch der Aufsichtsrat der BFG intensiv mit der Thematik auseinandergesetzt und diskutiert haben.

Herr Badzinski stimmte Herrn Schütze zu und ergänzte, dass er es bemerkenswert finde, dass hier in relativ kurzer Zeit ein Objekt auf den Weg gebracht worden sei, welches im Moment noch eine Schande für die Stadt sei.

Abstimmung über den Antrag, die BVL in den Bau- und Sanierungs-, und Planungs- und Umweltausschuss zurück zu überweisen:

Mitglieder: 41

davon anwesend: 36

7 Ja-Stimmen

23 Nein-Stimmen

6 Enthaltungen

Herr Schütze gab bekannt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit Datum vom 20.06.2017 einen 3-Seiten-Fragebogen diesbezüglich eingereicht habe. Herr Schütze gab hierzu den Einwurf, dass Herr Dittrich zwar die Anfragen zur heutigen Sitzung alle beantworten könne, jedoch müsse künftig darauf geachtet werden, dass Anfragen an die Verwaltung auch in einer angemessenen Zeit der Verwaltung zugestellt werden. Ansonsten könne die Verwaltung die Beantwortung nur als Anlage zum Protokoll an den Stadtrat leisten.

Herr Dittrich beantwortete die Anfragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, welche per Mail versandt, in Session eingestellt und auch heute verteilt wurden, wie folgt:

Zu A:

Aufgabe des Parkraumkonzeptes war es nicht, die Situation der Berufspendler vor und nach Umsetzung der Maßnahmen und Vorschläge zu untersuchen. Insofern findet man dort richtigerweise keine Aussagen.

Gleichwohl ist, wie in der Sachlagendarstellung beschrieben, die Gruppe der Berufspendler gewollt davon betroffen, dass durch die Erweiterung der Parkraumbewirtschaftungszonen und „Schließung“ von „Schlupflöchern“ wesentlich weniger ganztägig kostenlose Parkplätze zur Verfügung stehen. Selbst bei bezahlten Tages-, Wochen- oder Monatsparkplätzen kann ein Angebot im unmittelbaren Innenstadtbereich nicht ausreichend festgestellt werden. Die Bereitschaft vieler betroffener Pendler für einen Monatsparkplatz auch etwas zu bezahlen, (siehe Warteliste bei der BFG, Steinstraße, Tiefgarage) führte dazu, Alternativstandorte am Rand der Innenstadt zu untersuchen. Die Problematik „teilAuto“, Fahrradmietplätze sowie Park & Ride-Plätze sind allseits bekannte Versuche den Individualverkehr mit dem Auto zu verringern oder zu erschweren. In der Großstadt mag das aufgrund der hohen Taktzahlen des ÖPNV und der tatsächlichen Gegebenheiten funktionieren. Bei Mittelstädten im ländlichen Raum funktioniert das so nicht. Dessen ungeachtet ist es aus der Sicht der Stadtentwicklung völlig unstrittig, dass die Verbesserung des ÖPNV und der Radfahrerinfrastruktur eine wichtige Rolle spielen und in Zukunft spielen wird.

Zu B:

Folgende Alternativstandorte wurden geprüft:

1. Brachfläche zwischen den Bahngleisen an der Köthenschen Straße
2. Brachfläche gegenüber Friedhof in der Hegestraße
3. Fläche auf dem Gelände der ehemaligen Eisengießerei

Hauptpunkt der Nichtberücksichtigung war hier die Einschätzung, dass Pendler nicht bereit sind, über 2 Schranken solch weite Wege in Kauf zu nehmen und dafür auch noch zu bezahlen.

4. Der Standort „Penny-Markt“ wäre natürlich eine Alternative. Da aber der Supermarkt, insbesondere tagsüber, nicht bereit ist auf Angebotsparkplätze in Größenordnungen zu verzichten, stellt dies eher keine realistische Möglichkeit dar. Zudem ist die Vorhaltung der ca. 70 Parkflächen Teil der Baugenehmigung des Marktes.
5. Die Fläche in der Bahnhofstraße gegenüber dem Polizeirevier ist mittlerweile im Eigentum der Stadt. Hier gibt es bestehende Pachtverträge und Nutzungsbeschränkungen aus vertraglicher Sicht. Eine Erweiterung des Angebotes für Stellplätze wird für diese Fläche auch bei zusätzlichem Bedarf für 2019/2020 als realistisch angesehen. Aufgrund der Entfernung zur Innenstadt sind hier allerdings keine Nachfragepotentiale im Bereich 30,-€/ Monat zu erwarten.
6. In der südlichen Stadterweiterung (südlich der Park- und Roschwitzer Straße) sind mehrere Alternativstandorte, allerdings ohne greifbare Realisierungschancen, geprüft worden.

Zu C:

Die Stadt hat in den letzten 20 Jahren in vorbildlicher Weise trotz sinkender Einwohnerzahlen die Anzahl und die Qualität städtischer Grünflächen und Aufenthaltsräume erhöht. Folgende Hinweise seien stichpunktartig gestattet:

- Grünfläche vor der Mühlstraße (ehemals Klein Venedig)
- Schlossbergbereich
- Krumbholz
- Uferbereiche der Saale
- Parkplatz hinter Rathaus I
- Parkplatz Lange Straße
- Kurhausgarten
- Friedhöfe II und III (Alte Bibel im Bau)

Im Fachausschuss ist noch der Hinweis gekommen, dass beispielsweise mit dem Abriss der Kleingartenanlage „Waldauer Anger“ durch faktische Entsiegelung die Parkplatzversiegelung am Bahnhof kompensiert ist. Gleichzeitig wird der Bevölkerung so ein Areal von ca. 12.400m² als zusätzliche öffentliche Grünfläche mit hoher Aufenthaltsqualität durch Vergrößerung des Waldauer Angers zur Verfügung gestellt. Die Feinstaubbelastung im gesamten Innenstadtgebiet wird durch die Maßnahme nicht nach oben sondern nach unten bewegt, da langwieriger Parksuchverkehr entfällt. In unmittelbarer Nähe des Parkplatzes gibt es keine Beeinträchtigung, da dort niemand wohnt. Die Anwohner der Annen- und Bahnhofstraße haben durch diese Maßnahme ebenfalls keine Mehrbelastung.

Zu D:

Wirtschaftlichkeitsberechnung – BFG

Zu E:

OB

... Baumfällung erst ab 01.10.

Zur Wirtschaftlichkeit des geplanten Parkplatzes am Bahnhofsgarten teilte Herr Bieling mit, dass die BFG von Kosten in Höhe von ca. 215.000,00 €/Brutto ausgehe. Zum Bedarf eines Parkplatzes wies Herr Bieling auf 100 vorliegenden Anmeldungen auf der Warteliste für den Parkplatz Steinstraße und für die Tiefgarage hin, welche voll vermietet seien. Der Parkplatz Steinstraße, welcher durch die BFG gebaut wurde, sei komplett ausgelastet und schreibe schwarze Zahlen. Aus diesem Grund habe die BFG auch keine Bedenken, dass der geplante Parkplatz voll ausgelastet werde. Bei monatlichen Mietkosten in Höhe von 30,00 € je Stellplatz würde der Parkplatz auch bei einer 90%igen Auslastung schwarze Zahlen schreiben, so Herr Bieling.

Zur Frage, ob der Oberbürgermeister noch vor einem Bürgerentscheid den Bau dieses Parkplatzes beauftragen werde, wenn der Stadtrat in seiner heutigen Sitzung der Erweiterung des Parkplatzes mehrheitlich zustimme, antwortete Herr Schütze, dass er selbstverständlich das Bürgerbegehren bzw. den Bürgerentscheid abwarten werde.

Herr Buhmann bedankte sich hierfür beim Oberbürgermeister und teilte mit, dass es für ihn als Landschaftsarchitekt ein „Unding“ sei, eine städtische Grünfläche, auch wenn sie im Moment nicht sonderlich gepflegt sei, durch einen Parkplatzbau zu versiegeln und von einer öffentlichen Nutzung zu nehmen. Herr Buhmann kündigte eine überparteiliche Initiative an, die einen Bürgerentscheid über die Zukunft des Bahnhofsparks erzwingen möchte, falls der Beschluss zur Erweiterung des Parkplatzes heute so gefasst werde.

Anschließend erfolgte eine sehr rege Diskussion in der u. a. Herr Balzer bemerkte, dass die Erweiterung des Parkplatzes „Bahnhofsgarten“ nicht im Parkentwicklungskonzept zu finden sei. Dem Konzept sei zu entnehmen, so Herr Balzer, wie man die Parkplätze in der Stadt Bernburg (Saale) verteilen könne.

Herr Sacher erwiderte darauf, dass das Parkentwicklungskonzept dem Pendlerverkehr nicht gerecht werde. Er sehe die Stadt Bernburg (Saale) in der Pflicht, für die Angestellten, welche zwar nicht in Bernburg (Saale) wohnen, aber arbeiten und dafür pendeln müssen, einen Parkplatz vorzuhalten. Die Verwaltung habe durchaus nach anderen Möglichkeiten für einen Parkplatz für Pendler gesucht, jedoch sei dieser Platz der nächst günstigste und auch verfügbare Platz. Ebenfalls muss man auch den finanziellen Aspekt dabei beachten. Für ihn persönlich sei der vorgeschlagene Platz eine akzeptable Lösung.

Frau Krebs teilte mit, dass die Fraktion Die Linke die Notwendigkeit dieses Parkplatzes infrage stelle. Sicher, so Frau Krebs, benötigen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landkreises sowie der einzelnen Gewerbetreibenden Parkplätze, die Frage sei aber, ob genau dieser Parkplatz benötigt werde. Es gebe in Bernburg (Saale) verschiedene Parkplätze, welche für Pendler genutzt werden könnten (z. B. PEP-Markt, Am Turmweg in der Talstadt). Diese könnten durch einen dementsprechenden ÖPNV-Anschluss mit der Innenstadt verbunden werden. Somit könnten aus verschiedenen Richtungen in Bernburg (Saale) Parkplätze für Pendler geschaffen werden, die dann mit Bussen in die Innenstadt kommen.

Herr Schütze antwortete, dass das s. g. „Park & Ride“ ein Prinzip der Verkehrsplanung bezeichne, in dem in der Nähe von Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) Abstellmöglichkeiten für Pkw zur Verfügung gestellt werden. Das Problem sei, dass die Erwerbstätigen, die zur Arbeit müssen, nicht alle gleichzeitig auf einem der Parkplätze ankommen bzw. abfahren. Dies bedeute, dass mindestens ein Halb-Stunden-Takt angeboten werden müsse. Aus betriebswirtschaftlichen Gründen sei dies sicher nicht umzusetzen.

Herr Neugebauer schlug vor, die ehemalige Kleingartenanlage in der Bahnhofstraßen, welche nicht mehr genutzt werde, als Parkplatzfläche zu nutzen.

Herr Klinz antwortete hierauf, dass aus ökologischer Sicht die Kleingartenanlage wichtiger als der marode Park am Bahnhofsvorplatz sei. Der Bahnhofsgarten werde als Drogenumschlagsplatz genutzt. Einwohner, so Herr Klinz, würden den Park aus diesem Grund überhaupt nicht betreten. Er könne aus diesem Grund auch nicht verstehen, aus welchem Grund sich immer wieder dieselben Leute beschwerten, obwohl dieser Platz vorher auch niemanden interessiert habe. Wenn dieser Platz nun durch einen Parkplatz kultiviert werden würde, werde er sicher auch nicht mehr als Drogenumschlagsplatz genutzt.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) beschließt die Erweiterung des Parkplatzes „Bahnhofsgarten“ durch die Bernburger Freizeit GmbH entsprechend des vorliegenden Entwurfs.

Abstimmung:

Mitglieder: 41

davon anwesend: 36

20 Ja-Stimmen

11 Nein-Stimmen

5 Enthaltungen

- 11. B-Plan-Nr.: 92 mit dem Kennwort: "Sondergebiet Freizeitnutzung am Saaleufer im Bereich der Töpferwiese"**
Billigung Vorentwurf
Beschlussvorlage 599/17

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) billigt den Vorentwurf des Bebauungsplanes Nr. 92, Kennwort: „Sondergebiet Freizeitnutzung am Saaleufer im Bereich der Töpferwiese“ in der vorliegenden Fassung.

Abstimmung:

Mitglieder: 41

davon anwesend: 36

36 Ja-Stimmen

**12. Einzelhandelskonzept für die Stadt Bernburg (Saale) -
Beschluss über den Rahmenplan
Beschlussvorlage 600/17**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) beschließt das Einzelhandelskonzept als Leitlinie der künftigen städtebaulichen Entwicklung mit folgenden inhaltlichen Schwerpunkten:

1. Übergeordnetes Entwicklungsleitbild und Ziele zur Einzelhandelsentwicklung
2. Räumliches Standortstrukturmodell
3. Standortbezogene Empfehlungen für die zentralen Versorgungsbereiche sowie den Sonderstandort des Einzelhandels (An der Kalistraße) und die integrierten (solitären) Standorte zur Nahversorgung
4. Bernburger Sortimentsliste
5. Steuerungsgrundsätze zur Einzelhandels- und Zentrenentwicklung

Abstimmung:

Mitglieder: 41

davon anwesend: 36

32 Ja-Stimmen

4 Enthaltungen

**13. Bereitstellung überplanmäßiger Ausgaben zur Umsetzung des Fördermittelprojektes "Errichtung der Radstätte im Zuge des Radweges Deutsche Einheit (RDE)"
Beschlussvorlage 608/17**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) beschließt die in der Begründung aufgeführte überplanmäßige Mittelbereitstellung für die Herstellung und Errichtung der Radstätte am Radweg Deutsche Einheit.

Die Deckung der Mehrausgaben erfolgt i. H. v. 89.400,00 € durch die Förderung im Rahmen der Zuweisung des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur sowie i. H. v. 5.000,00 € durch Minderauszahlungen für die Einbruchmeldeanlage der Rathäuser – Investitionsnummer 11131001

Abstimmung:

Mitglieder: 41

davon anwesend: 36

34 Ja-Stimmen

2 Enthaltungen

14. Mitteilungen, Beantwortung von Anfragen, Anregungen

ADFC-Fahrradklimatest (Zufriedenheits-Index der Radfahrer)

Herr Schlegel gab bekannt, dass die Auswertung des ADFC-Fahrradklimatestes vorliege, in der Bernburg (Saale) eine Gesamtbewertung von 4,2 erhalten habe (*Auswertung wird dem Protokoll beigelegt*). Es wäre wünschenswert, so Herr Schlegel, wenn der Stadtrat über die Ergebnisse des Testes in einer seiner nächsten Sitzungen beraten könne.

Herr Weigelt gab hierauf die Antwort, dass der Test erst einmal im zuständigen Fachausschuss beraten werden müsse.

Ausstattung Feuerwehr Bernburg (Saale)

Herr Neugebauer berichtete, dass die SPD-Fraktion am 19.06.17 die Feuerwehr Bernburg (Saale) besucht habe. Hierbei sei von Kameraden der Feuerwehr mitgeteilt worden, dass es durchaus Probleme bei der Feuerwehr Bernburg (Saale) gebe. So sei unter anderem die Technik zum Teil veraltet, die Spezialkleidung, welche bei Brandeinsätzen mit hoher Temperatur getragen werde, dürfte von einigen Kameraden gar nicht mehr getragen werden, da diese bereits im Einsatz waren und der Schutzfilm durch den Einsatz beschädigt sei. Manche Helme seien auch veraltet. Herr Neugebauer fragte nach, ob die Stadt Bernburg (Saale) zu wenig Geld im Haushalt für die Schutzbekleidung der Feuerwehr eingestellt habe oder ob nur der Informationsfluss fehlerhaft sei.

Herr Hohl antwortete, dass die Stadt Bernburg (Saale) in jedem Jahr finanzielle Mittel für die Bekleidung usw. nach erforderlichem Bedarf in den Haushalt einstelle. Die Einsatzkleidung werde regelmäßig nachgekauft, wenn Teile kaputt gegangen oder ausgesondert werden müssen. Ansonsten werde die Bekleidung nach jedem Einsatz gereinigt und neu imprägniert, wenn der einzelne Kamerad seine Kleidung dann auch zur Reinigung abgebe. Die Reinigung und Imprägnierung werde in der Feuerwehr durchgeführt, so dass eigentlich die gesamte Schutzkleidung in einem einsatzfähigen Zustand in den Spinten hängen müsste. Zu den Helmen wies Herr Hohl darauf hin, dass es keine Mindesthaltbarkeit bei den Helmen der Feuerwehr Bernburg (Saale) gebe, nur Empfehlungen. Wenn Helme beschädigt werden, werden natürlich Helme nachgekauft. Die vorhandenen Helme befinden sich in einem einsatzfähigen Zustand. Die Fahrzeuge der Feuerwehr, so Herr Hohl, seien in Ordnung und für die Einsätze der Feuerwehr geeignet. Für das Jahr 2018 seien Haushaltsmittel i.H.v. 400 T€ für einen HLF 20 in den Haushalt und für 2019 seien 280 T€ für einen TLF und für 2020 seien 250 T€ für einen Gerätewagen eingestellt worden. Die Drehleiter habe vor ca. 2 bis 3 Jahren eine große Hauptuntersuchung mit anschließender Großreparatur gehabt mit der Bescheinigung, dass die Drehleiter bei normalem Gebrauch und Wartung noch bis zu 10 Jahre ordnungsgemäß einsatzfähig sei. Es sei vorgesehen, im Jahr 2020/2021 Mittel für eine neue Drehleiter in den Haushalt einzustellen.

Herr Schütze fügte hinzu, dass im Vergleich zwischen den Städten Aschersleben, Bernburg (Saale), Köthen, Schönebeck und Staßfurt bei Geräten und Ausstattungen der Feuerwehren (nach Baujahr und Fahrzeugbesatz) Bernburg (Saale) mit vorn liege. Bernburg (Saale) besitze ein Fahrzeugentwicklungskonzept, welches mit der Wehrleitung abgestimmt und im Haushalt verankert sei.

Herr Klinz berichtete über den Besichtigungstermin der Freiwilligen Feuerwehr Biehdorf/Wohlsdorf. Die beiden Feuerwehren erhalten ein gemeinsames Feuerwehrgerätehaus, welches auf den momentanen Bedarf zugeschnitten sei. Herr Klinz bat die Verwaltung, für einen eventuell zukünftig größeren Bedarf die Bodenertüchtigung so vorzubereiten, dass das Feuerwehrgerätehaus bei Bedarf erweitert werden könne.

Turnhalle Peißen

Herr Balzer teilte mit, dass Herr Klinz zur Stadtratssitzung am 04.05.17 den Antrag gestellt habe, die Verwaltung zu beauftragen, zu prüfen, ob es sinnvoller sei, die Turnhalle aus wirtschaftlichen Gründen abzureißen oder zu veräußern, anstatt sie weiter zu betreiben. Herr Balzer fragte nach, ob die Verwaltung diese Prüfung durchgeführt habe.

Herr Schütze antwortete, dass diesbezüglich Gespräche mit dem Ortschaftsrat und mit den Anwohnern, die in dieser Turnhalle Sport machen möchten, noch geführt werden. Wegen einer Sportgruppe, die Sport machen möchte, eine ganze Turnhalle zu betreiben, so Herr Schütze, sei natürlich nicht finanzierbar.

Herr Dittrich ergänzte, dass ein diesbezügliches Gespräch mit Herrn OrtsBM Groth stattgefunden habe, in dem vorgeschlagen worden sei, die Turnhalle öffentlich zum Verkauf auszu-schreiben, wenn sich nicht genügend Sportfreunde zum Trainieren in der Turnhalle finden.

Für das Protokoll

Jürgen Weigelt
Vorsitzender des Stadtrates

Henry Schütz
Oberbürgermeister

Yvonne Krebs
Stadtratsbüro